

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

7/II/85

Hannover, 21. Oktober 1947  
Telefon 20951/52

## Schwenkung nach rechts

P.R. - Diese Tage liefern ein neues erschütterndes Beispiel dafür, wie unendlich schwer es zu sein scheint, aus geschichtlichen Erfahrungen zu lernen. Die Erfahrung, die wir meinen und die eben in Frankreich in geradezu eklatanter Weise mißachtet worden ist, ist die, dass die Schwimlung einer Form von Radikalismus durch eine Gefahr für jeden Staat ungeheuer gefährlich ist und bei der heutigen internationalen Verflechtung nicht nur für ihn.

In Deutschland haben wir es vor 1933 durchgemacht, was das heißt, wenn die demokratische Mitte von den Extremisten der Rechten und Linken in die Zange genommen wird. Und wir haben auch die furchtbaren Ergebnisse erlebt. Aber die Lehren scheinen nicht abschreckend zu wirken. Frankreich bietet heute das schrecklichste Beispiel einer Entwicklung, die in vielen europäischen Ländern jetzt zu teilen ist und bezeichnenderweise vor allem in solchen, die der Krieg in einer offenkundigen Weise zurückgelassen hat.

Im parlamentarischen Kräftefeld Deutschlands und Italiens ist diese Entwicklung noch nicht so klar geworden. Aber man weiß, dass in den Parteien der sogenannten christlichen Demokraten beider Länder heute viele von den Kräften wirksam sind, die, milde ausgedrückt, sehr weit rechts stehen. Sie regen sich auch außerhalb des Lobens der Parteien in verschiedenster Form, in Jugendclubs, in "Kreisen" und (wirtschaftspolitischen) Gesellschaften. Leider geschieht sehr wenig, um solcher Entwicklung entgegenzuwirken und viel, sie zu fördern. Es scheint außerordentlich schwer, zu begreifen, dass das vernünftigste Mittel, antidemokratische Kräfte zu schwächen, in der Stärkung der demokratischen Institutionen liegt und nicht in der Mobilisierung anderer demokratischer Energien, die dem ersten entgegenzutreten sollen, während die Demokratie zwischen beiden nur allzu leicht zerrieben wird.

Was die französische Entwicklung betrifft, so ist es interessant, festzustellen, dass der kommunistische Pseudo-Patriotismus nicht überzeugen konnte, dass er aber leider dazu beigetragen hat, jenen alten Chauvinismus neu zu beleben, der in keinem Lande ein Diener der internationalen Verständigung ist. Es ist nun einmal so, dass die urbanen Formen demokratischer Politik in Notzeiten von allzuvielen, wenn nicht verachtet, so doch als unzweckmässig abgelehnt werden. Große Worte, "zündende Parolen" (als ob es etwas Mitreisenderes geben könnte, als den Appell an die menschliche Würde!), rohe Schlagworte und plumpe Verallgemeinerungen sind die gangbare Münze, nach denen in solchen Zeiten jedermann greift. In dieser gefährlichen Atmosphäre tun sich bereits wieder alle jene Elemente wichtig, die noch immer die wesentlichste Substanz jeder "nationalen Opposition" eines Landes im Innern wie nach aussen gebildet haben.

Hundertmal ist es erlebt und tausendmal gesagt worden, dass Misgunst und Ungerechtigkeit, Not und blind Feinde der Demokratie sind, weil sie die Menschen zu Feinden der Demokratie machen. Aber der Schritt von der Erkenntnis zur Nutzenwendung ist offenbar ungangbar schwierig. Jedenfalls ist die grosse Gefahr heute nicht mehr zu übersehen, dass die Rechte in den meisten europäischen Ländern bestrebt ist, das Heft dadurch in die Hand zu bekommen, dass sie die durch die östliche Praxis entstandene Angstpsychose weiter Bevölkerungskreise bedenkenlos für die ihr gemässe Absicht ausnützt, einen internationalen Nationalismus aufzurichten.

Der Weg der meisten westlichen Demokratien, soweit sie in der unmittelbaren politischen Gefahrenzone liegen, verläuft wieder einmal zwischen Scylla und Charybdis, das heisst diesmal zwischen der Entwicklung, die durch die Schaffung des kommunistischen Belgrader Informationsbüros bezeichnet ist und jener anderen Tendenz, die in dem überwältigenden Wahlsieg de Gaulles ihren Ausdruck findet. Es bedarf keines Hinweises darauf, dass dieser Zwiespalt nur das Spiegelbild jenes allgemeinen Gegensatzes ist, der heute die politische Gesicht der Welt bestimmt.

So verstecken also zur Zeit, begünstigt durch mancherlei unglückliche Umstände, viele ausserst unzuverlässige "Freunde der Demokratie" ihre im Grunde höchst autokratische Gesinnung unter dem Deckmantel der hochaktuellen Notwendigkeit, der kommunistischen Drohung Halt zu gebieten. Mit anderen Worten: Im Gefolge der Anhängerschaft des Marshall-Planes finden sich viele unerfreuliche Gestalten, auf die es nichtzugeben gilt, weil sie den sozialen Rückschritt verkörpern und weil sie - genau wie ihre antidemokratischen Gegenspieler auf der äussersten Linken, die eigentlich schon keine "Linke" mehr ist - aus dieser Situation ihren speziellen politischen Nutzen ziehen wollen. Das ist die neue grosse Gefahr. Freilich ist sie heute noch erheblich geringer als jene andere, die vor allem anderen die Schwenkung nach rechts verursacht hat.

Frühherbst in England

Von unserem Londoner Korrespondenten London, Mitte Oktober

Mit jener praktischen politischen Vernunft und jenem Ordnungssinn, die für die englische Mentalität so bezeichnend sind, beginnt Englands Bevölkerung, allem Pressegezeier zum Trotz, loyal sich den Anordnungen anzupassen, welche die Labour-Regierung im Kampf um die Normalisierung der englischen Wirtschaftslage ergriffen hat.

Zwei dieser Maßnahmen, erstens die "Staggering" der Arbeitszeiten in den Industriebetrieben zum Zwecke eines ausgeglicheneren Verbrauchs elektrischen Stromes während der Tages- und Nachtstunden, und zweitens, die "Direction of Labour", das heißt, die Umleitung freigewordener Arbeitskräfte in die wirtschaftswichtigen Betriebe, sind soeben in Kraft getreten. Aus unmittelbarer Beobachtung kann hier festgestellt werden, dass ihre Einführung sich reibungslos und unter willigster Kooperation aller Beteiligten vollzog.

Am frühen Morgen hatte ich mich in den Industriegürtel begeben, der an der nordöstlichen Grenze Grosslondons liegt. Eine Stunde früher als sonst begannen die Untergrundbahnen und Autobusse die Belegschaften der Betriebe heranzutragen. Der Gesamtstrom aber war schwächer als sonst. Der Grund dafür? Nur ein Teil der Belegschaften beginnt mit der Arbeit um sieben Uhr oder acht Uhr morgens; für andere Teile der Belegschaften beginnt die Arbeit erst um elf Uhr vormittags oder um zwei Uhr nachmittags. Welches Mass betrieblicher Umorganisationen hinter dieser Ausbreitung der Arbeitszeit über den Gesamtbereich von Tag und Nacht steht und welche Veränderungen die Arbeiter mit der Veränderung der Arbeitszeiten hinnehmen müssen, braucht wohl kaum besonders erläutert zu werden. Aber trotz allem war auf den Mienen der "Staggerer" keinerlei Enttäuschung, keinerlei Bitterkeit oder gar Unwillen zu lesen. Einige, mit denen ich sprach, hoben hervor, dass die neuen Arbeitszeiten in Besprechungen ihrer Gewerkschaftsvertreter mit den Betriebsleitungen festgelegt worden seien. Diese Mitwirkung ihrer eigenen Vertrauensleute hatte offenbar wesentlich zu ihrer Bereitschaft, Opfer zu bringen, beigetragen. Vor allem aber hatte die Tatsache, dass eine Arbeiterregierung das Opfer von ihnen verlangte, sie von vornherein in ihrer positiven, kooperativen Haltung bestimmt.

Eine ganz ähnliche psychologische Situation traf ich an, als ich am Spätmittag bei einer "Employment Exchange" im Westen Londons mich unter die Frauen und Männer aller Altersstufen mischte, die dort den Nachweis eines neuen Arbeitsplatzes begehrten. Eine Atmosphäre freundlicher, praktischer Kollaboration herrschte auch hier. Die Beamten und Beamtinnen, welche den Stellennachweis durchführen, haben strikte Anweisungen erhalten, auf die persönlichen Verhältnisse der Arbeituchenden die allgrößte Rücksicht zu nehmen. Niemand soll gegen seinen Willen einem Arbeitsplatz zugeführt werden, der in allzu grosser Entfernung von seinem Heim liegt und die Umstellung von einer wirtschaftsunwichtigen zu einer wirtschaftswichtigen Beschäftigung soll durch Zureden und Überzeugung erreicht werden. Da selbst in dieser ausserordentlich milden Form die "Direction of Labour" sich nur auf die arbeitssuchenden Altersstufen - Frauen bis zum 40. und Männer bis zum 50. Lebensjahr - beschränkt und verheiratete Frauen mit häuslichen

Erlichten gegenüber Kindern von vornherein Ausnahme - kann man nicht umhin, festzustellen, dass es eine der typischen Übertreibungen parteipolitischer Propaganda ist, wenn man diese massvolle und menschliche Form der Arbeitslenkung als "Wiedereinführung der Sklaverei" hier und da hingestellt hat.

Miss Jean Smith, die lebendige, hübsche gesund aussehende Zwanzigjährige, die eben aus ihrer Saisonstellung als Kellnerin eines Sommerlokals in Brighton ausgeschieden, einen Posten als Hilfskraft in einem Londoner Hospital zugewiesen bekommen hatte, lachte hell auf, als ich sie fragte, ob sie sich "versklavt" fühle. Der Automechaniker Brown, der seinen Arbeitsplatz in einer Londoner Garage am gleichen Tage verlor, als die Beschränkungen des privaten Autoverkehrs bekanntgegeben wurden - sein Arbeitgeber wartete nicht einmal bis zum Inkrafttreten dieser Beschränkungen, bevor er "kündigte" - war glücklich darüber, dass ihm ein besser bezahlter und langfristigerer Job als Monteur in einer im Mittelpunkt des Exportdrives stehenden Autofabrik nachgewiesen wurde. Auch er fühlte sich alles andere als "versklavt".

Die Lenkung der menschlichen Arbeitskraft in die Positionen, wo sie am dringendsten gebraucht wird und ihre gesellschaftlich nützlichste Funktion ausüben kann, ist für jede Art wirtschaftlichen Planens ein Problem.

Innerhalb einer "totalitären" Planwirtschaft erleichtert sich die Lösung dieses Problems dadurch, dass generelle Anordnungen getroffen - und erzwungen werden.

Die individuelle und elastische Methode der Arbeitslenkung, die jetzt in England praktiziert wird, hat nichts "Undemokratisches" an sich. Sie ist ein notwendiger und von keinem Gesichtspunkt aus angreifbarer Bestandteil einer demokratischen Planwirtschaft und verdient daher die Aufmerksamkeit aller der Länder, die sich nicht mehr in der Lage sehen, einem Wirtschaftssystem des unkontrollierten freien Wettbewerbs den Ausgleich von Nachfrage und Angebot und damit die Wiederherstellung einer normalen wirtschaftlichen Situation zu überlassen. (b/2010/1/hs)

#### Das "ABC" der Krise

Zum besseren Verständnis der Gründe, die die derzeitige englische Wirtschaftskrise hervorgerufen haben, hat die Labour Party jetzt eine Flugschrift herausgegeben, die den Titel "ABC der Krise" trägt und den Parteimitgliedern sechs Punkte nennt, die sie zu erfüllen haben, da die Einstellung, "die Minister und Wirtschaftler sollen uns aus der Krise herausführen", ein fataler Irrtum wäre.

Die sechs Punkte lauten: 1. Jeder Arbeiter soll direkt oder indirekt möglichst viele Güter erzeugen und jede arbeitsfähige Person sollte die Runden Reihen in den Schlüsselindustrien verstärken; 2. Der Erfolg der nationalen Anstrengung hängt von der Produktionssteigerung an jedem Arbeitsplatz ab. Gemeinsame Arbeitskomitees und gemeinsame Beratung können die Erfahrung und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter erhöhen. Die Parteimitglieder sollen mithelfen, die gemeinsame Beratung weitgehend zu entwickeln. 3. Die nationale Spar-Bewegung bedarf höchster Unterstützung. 4. Brennstoffe und Rohmaterialien müssen eingespart werden. 5. Die Wachsamkeit der Parteimitglieder trägt zur Bekämpfung des Schwarzen Marktes bei. 6. Falsche Gerüchte über die Nöte der Nation und die Pläne der Regierung sollen Parteimitglieder entgegenzutreten und der Bevölkerung die Wahrheit sagen. (B23/1/hs)

Amerikanische Gewerkschaftskongresse

Von unserem USA-Korrespondenten S. Aufhäuser - New York  
New York, Mitte Oktober

Die unglückliche Spaltung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, die durch einen Streit um die Organisationsfrage "Berufs- oder Industrieverband" ausgelöst wurde, wurde in diesem Jahre nicht nur durch die Tatsache besonders deutlich demonstriert, dass der "Congress of Industrial Organization" (CIO) zur gleichen Zeit in Boston eröffnet wurde, als in San Francisco der Gewerkschaftskongress der "American Federation of Labor" (AFL) stattfand. Sie erhellt auch aus der Ablehnung eines von Präsident Murray von Boston aus an den Kongress in San Francisco gerichteten Appells, die beiden Arbeiteraktionen zur Präsidentenwahl 1948 zu vereinen; um im Kampf gegen das Taft-Hartley-Anti-Gewerkschaftsgesetz alle dafür verantwortlichen Mitglieder vom künftigen Parlament zu eliminieren. Der Präsident der AFL, William Green, begründete die Ablehnung damit, dass ein Zusammengehen der beiden Gewerkschaftsbünde erst dann wieder in Frage kommen könne, wenn die volle organisatorische Einheit wieder hergestellt ist, die 1936 zerstört wurde, als sich die CIO von der Mutterorganisation löste und selbständig machte, ein Standpunkt, der etwas an die zurückliegenden Einigungsverhandlungen der Arbeiterparteien in Deutschland erinnert.

In der angeschnittenen Frage selbst geht die AFL dagegen mit den CIO konform, denn der Kongress in San Francisco beschloss einstimmig, einen riesenhaften Wahlkampf für 1948 vorzubereiten, um das Anti-Gewerkschaftsgesetz durch einen Sieg über die heutige arbeiterfeindliche Parlaments-Mehrheit zur völligen Aufhebung zu bringen. Dazu ist eine prinzipielle Kursänderung der AFL zu politischen Fühlen notwendig geworden.

Der Gewerkschaftsbund hatte bisher jedes organisierte Eingreifen in politische Wahlen vermieden, um streng parteipolitisch neutral zu bleiben. Jetzt aber hat der zuständige Kongress vorgeschlagen, dass die AFL eine in sich selbständige politische Liga begründet (keine politische Partei), der alle AFL-Verbände angehören werden und die außerdem andere arbeiterfreundlich gesinnte Vereinigungen aufnehmen kann.

Die Politisierung der Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich in diesem Lande also nach einer Methode, die gänzlich abweichend ist von den Organisationsbedingungen in Europa. Die arbeiterfeindliche Reaktion geht quer durch beide Parteien des Landes. Sie umfasst die nördlichen Wahlkreise in der Republikanischen und den Süden in der Demokratischen Partei. Die Wahlfront der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter richtet sich gegen keine der beiden Parteien als Gesamtfrent, sondern gegen beide reaktionären Flügel der Republikaner und Demokraten. (b/2/2010/1/hc)

Gefährliche deutsche UniversitätenDie Ansicht der englischen Wochenschrift "Tribune"

Einen scharfen Angriff gegen die Universitäten der Westzonen, die sie als Hort der Reaktion und deshalb als gefährlich bezeichnete, richtete die linksstehende englische Wochenschrift "Tribune". Die reaktionären und nationalistischen Tendenzen ihrer Lehrkörper hätten bei der Zuführung der deutschen Jugend zum Nationalsozialismus schon eine bedeutsame Rolle gespielt; jetzt aber, zwei Jahre nach der Niederwerfung des Hitler-Regimes, hätten die gleichen Kräfte wiederum die Macht in Händen. Das sei für die Zukunft Deutschlands und Europas höchst gefährlich.

Man schätze allgemein, dass rund 90 Prozent des Lehrkörpers dem äussersten rechten Flügel zuzuschreiben und in seiner Haltung reaktionär sei. Viele der Professoren, die jetzt wieder das grosse Wort an den Hochschulen führten, hätten sich, wie ein sozialistischer Professor erklärt habe, dem Nazismus nur widersetzt, weil die Nazis ihnen in mancher Hinsicht zu fortschrittlich waren. An einer grossen Universität des Westens könnten nur sechs der insgesamt 150 Mitglieder des Lehrkörpers als fortschrittlich angesprochen werden und von diesen seien nur zwei Sozialisten. Wer nicht aus ungewöhnlich hartem Holz geschnitten sei, dem werde das Leben recht sauer gemacht, da man gegen sozialistische und fortschrittliche Meinungen intolerant sei.

"Es wäre stupid von uns", so schliesst die "Tribune" ihren Artikel, "den deutschen Universitäten unsere Hilfe zu versagen, wie es die Kommunisten gerne möchten, weil in ihnen viele reaktionäre Elemente wirken. Die richtige Politik besteht darin, alle mögliche Hilfe durch die Übersendung von Büchern und Flugschriften zu gewähren und Kontakt mit Organisationen wie dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund herzustellen. Wenn die deutschen Universitäten in der Zukunft eine gesunde Rolle spielen wollen, so müssen sie von Grund auf und von der Spitze her neu aufgebaut werden." (m/B65/211a/17/ho) /nicht

- - - - -  
Die Tanzdiele oder vom Bild zweier Welten  
 Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die niedersächsische Stadt Celle hat nach zweijähriger Schonzeit zum ersten Male seit dem Zusammenbruch eine offizielle Zuweisung von Flüchtlingen aus dem Lager Uelzen erhalten. Sie hat diese 56 Flüchtlinge in zwei Gastwirtschaften gelegt, da Wohnraum in der Stadt nicht mehr vorhanden sei. Wenn ich mich auch gerne dafür anbieten würde, den Wohnraum für diese neuen Bürger von Celle in sehr schönen Strassen der Stadt zu suchen - und zu finden, so würde dieses Angebot wahrscheinlich nicht angenommen werden. Aber dieser Hinweis ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Auf folgendes soll aufmerksam gemacht werden:

In der einen Gastwirtschaft draussen am Rande der Stadt sind die Flüchtlinge zu 25 Personen, darunter 10 Kinder, in einem Tanzsaal untergebracht. Die Betten stehen im Viereck des Raumes an der Wand. In der Mitte türmt sich ein Berg von übereinandergestellten Tischen und Stühlen. Auf meine erstaunte Frage, warum man diesen Platz in der Mitte des Saals nicht längst freigemacht habe, damit die Kinder wenigstens einen Raum für sich hätten, wird mir die Antwort: das edle Holz der